

## **Gesundheit für alle. Man muss es nur wollen.**

Der jüngste Ärztestreik hat das öffentliche Bewusstsein endlich für ein Thema sensibilisiert, das uns auch über die jüngsten, immer noch nicht abgeschlossenen Koalitionsgespräche zur Gesundheitsreform nicht so schnell verlassen wird. Und das ist gut so, denn es wird Zeit, dass dieses Thema den Stellenwert auf der politischen Agenda erhält, der ihm auch zukommt. Das ist schon erstaunlich, dass es eines Streiks bedarf, ein Thema halbwegs populär zu machen, das so fundamental jeden Einzelnen betrifft. Diese Betroffenheit geht weit über das monetäre Element hinaus, das in der Debatte bisher viel zu wichtig genommen wird. Es dürfte jedem einzelnen betroffenen Patienten, die wir im Grunde alle potentiell immer sind, letztlich völlig egal sein, ob er monatlich 150, 170 oder 200 Euro entrichtet. Für den Einzelnen zählt auch nicht, ob dieses Geld nun aus einem Gesundheitsfond kommt (der Begriff ist taktisch klug gewählt, um von dem politisch "verbrannten" Terminus Kopfpauschale wegzukommen, was der Sache dennoch recht nahe kommt) oder aus einem individuell abgeschlossenen Vertrag mit einer privaten Kasse. Der Patient möchte vom Arzt seiner Wahl mit den besten Medikamenten und nach den neuesten und gleichzeitig erfolgversprechendsten Methoden behandelt werden. Der Arzt will nichts anderes. Insoweit ist die Koalition zwischen Ärzten und Patienten entscheidend für die Zukunft der Ausgestaltung des Gesundheitssystems. Es kann im Besonderen nicht sein, dass Kassen bislang nicht dafür bestraft werden, wenn sie unwirtschaftlich arbeiten. In der Schweiz, das ein Fallpauschalmodell kennt, gibt es regelmäßige Statistiken, in denen die Leistungen der Kassen verglichen werden und die Patienten haben dann selbstverständlich die Möglichkeit, diese Kassen auch zu wechseln. Kassen sind aufgrund ihrer institutionellen Struktur zunächst immer erst Bürokratie und Bürokratien neigen grundsätzlich dazu, ihre Aufgaben auszudehnen und ihre Kosten zu maximieren. Das ist theoretisch und empirisch längst klar von der Politikwissenschaft erwiesen. Noch schlimmer wird das System dadurch, dass Gesundheitspolitiker jedweder Couleur sich nicht trauen, ihren Kunden, d.h. Wählern, damit auch Patienten und Ärzten, klar zu sagen, dass und was Gesundheit kostet. An Albernheit ist hier der Großgesundheitsexperte Lauterbach kaum zu überbieten, der sogar so weit geht, Privatpatienten als Parasiten des Gesamtsystems zu bezeichnen, weil schließlich die Grundausrüstung der Ärzte durch die gesetzlichen Kassen bereitgestellt würden. Das Ziel kann demgegenüber doch nur lauten, letztlich aus jedem einzelnen

Konsumenten von Gesundheitsgütern einen möglichst eigenverantwortlichen Nachfrager im System zu machen. Wenn die Gesundheitsindustrie nur halbwegs die Bedeutung, sagen wir einmal der Automobilindustrie hätte, wäre die öffentliche Diskussion über die Zukunft des Systems schnell gelöst. Niemand denkt ernsthaft daran, dem einzelnen Bürger vorzuschreiben, wie er sein Auto gegenüber Schäden versichert. Das kann nach Totalschäden richtig teuer werden, andererseits werden Fahrer und im Besonderen Fahrerinnen belohnt, die verantwortlich und defensiv mit dieser potentiellen Tötungsmaschine umgehen. Warum sollten nicht zumindest Elemente dieses individuellen Vertragsmodells auch in der Krankenversicherung funktionieren? Mit etwas mehr Mut könnte die Große Koalition diesbezüglich viel erreichen. Indes wirkt diese Große Koalition eher wie eine Mischung aus französischen und brasilianischen Seniorenfußballern – wo doch ein Blick auf die sturmfreudige deutsche Nationalmannschaft zeigen würde, dass es auch anders geht.